

05.03.2017

Die Situation afghanischer Flüchtlinge in Deutschland stand im Mittelpunkt eines Workshops bei der Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2017 (IKW), die der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) der IKW von 17.-18. Februar in Hannover organisierte.

Wenn „Geberländer“ wie Deutschland, die die afghanische Regierung unterstützen, in den Abkommen vom Oktober 2016 die Rücknahme von Flüchtlingen fordern, sind afghanische Flüchtlinge in Deutschland bedroht - aber auch die Schutzrechte, die bisher in unserem Land galten.

Ziel der Bundesregierung ist es, ab Ende 2016 etwa 12.000 afghanische Flüchtlinge in Deportations-Flügen à 50 Personen nach Kabul transportieren zu lassen. Seit Beginn der Sammelabschiebungen im Dezember 2016 kritisieren Menschenrechtsorganisationen und Kirchen, Internationale Organisationen und afghanische Exil-Organisationen dieses Geschäft mit Menschen.

Der Beginn einer rigiden Abschiebep Praxis nach Afghanistan ist zwischen den Bundesländern umstritten. **Schleswig-Holstein hat Anfang Januar 2017 einen Abschiebestopp nach Afghanistan verhängt<sup>1</sup>**, weil das Land aus Sicht des Innenministeriums in Flensburg angesichts der akuten Gefährdung der Zivilbevölkerung keine sichere Rückkehr garantieren könne: Im 1. Halbjahr 2016 wurden 1.601 ZivilistInnen getötet, 3.565 verletzt (UNAMA, Unterstützungsmission der UN in Afghanistan). Es gibt aus dieser Perspektive auch keine sicheren Gebiete oder Regionen, die sicher zu erreichen seien und in denen Rückkehrer in Sicherheit und Würde existieren könnten.

Menschenrechtsorganisationen in Deutschland, das deutsche und Internationale Rote Kreuz, die beiden großen christlichen Kirchen, der Flüchtlingsrat der UN, UNHCR, die UN-Ländergruppe für Afghanistan, UNOHCA, und viele andere Stimmen haben Lagebewertungen zu Afghanistan abgegeben, die der Position des BMI entgegenstehen.

**„Nicht die Lage in Afghanistan hat sich verändert, sondern die innenpolitische Diskussion“** (Bärbel Kofler, Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung)<sup>2</sup>

Afghanische Flüchtlinge brauchen jetzt die Solidarität unserer Zivilgesellschaft. Lassen wir es zu, alle humanitären Prinzipien zu verraten, für die die europäischen Länder stehen? Als Zivilgesellschaft, für die Flüchtlingsschutz und Menschenrechte Vorrang behalten werden, fordern wir die sofortige Einstellung der Abschiebungen nach Afghanistan.

Auch in Schaumburg können wir uns im Kontakt mit Flüchtlingen aus Afghanistan für die Einhaltung elementarer Menschenrechte einsetzen.

Die Protest-Kampagnen gegen die inhumane Politik der Bundesregierung brauchen Unterstützung jetzt:

**Pro Asyl** hat eine Kampagne **gegen die Abschiebep Praxis des BMI** begonnen:

**KEINE ABSCHIEBUNGEN NACH AFGHANISTAN!**

[www.proasyl.de/thema/unsicheres-afghanistan](http://www.proasyl.de/thema/unsicheres-afghanistan)

Die Internationale Ärzteorganisation IPPNW ruft zur Unterzeichnung einer Online-Petition auf<sup>3</sup>:

**Keine Abschiebungen nach Afghanistan!**

[www.ippnw.de, Afghanistan](http://www.ippnw.de, Afghanistan)

1 [http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Aktuelles/Konsultationsschreiben\\_AFG\\_10-01-2017.pdf](http://www.frsh.de/fileadmin/pdf/Aktuelles/Konsultationsschreiben_AFG_10-01-2017.pdf)

2 nach: <https://www.proasyl.de/news/trotz-massiver-bedenken-abschiebungen-nach-afghanistan-gehen-weiter/>

3 <https://www.ippnw.de/soziale-verantwortung/flucht-asyl/artikel/de/afghanistan-nicht-sicher.html>

## **Afghanistan heute: Land mit „sicheren Regionen“?**

**>> Als Wahl-BürgerInnen erwarten wir humanitäre Regelungen für Flüchtlinge aus allen Ländern**, in die auch aus internationaler Sicht keine Rückkehr in Sicherheit und Würde möglich ist. Die Vorschläge für Auffanglager in Nordafrika oder Abschiebe-Camps in Libyen sind genauso inhuman wie die Abschiebungen nach Kabul. Afghanistan darf kein Modell für Deportationen in weitere Herkunftsländer werden. Für die Behandlung jedes Menschen gilt: „*Der Einzelfall zählt!*“ (Pro Asyl).

**Wir erwarten verstärkte Anstrengungen und Förderung für eine echte Teilhabe in unserer Gesellschaft**, durch aktive Programme zur sprachlichen und beruflichen Integration. Deutschland gewinnt durch Vielfalt und Menschlichkeit.

**Wir rufen auf zur Unterstützung der Kampagnen für den Schutz von Flüchtlingen aus Afghanistan:**

**Afghanistan ist nicht sicher!** [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de) & [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)

### **Das Auswärtige Amt schreibt aktuell<sup>4</sup>**

#### **Afghanistan: Reisewarnung**

Stand **04.03.2017**

(Unverändert gültig seit: 11.11.2016)

#### **Vor Reisen nach Afghanistan wird dringend gewarnt.**

Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein. Auch bei von professionellen Reiseveranstaltern organisierte Einzel- oder Gruppenreisen besteht unverminderte Gefahr, Opfer einer Gewalttat zu werden...

Afghanistan ist seit vielen Jahren Schauplatz militärischer Auseinandersetzungen und gilt als eines der Länder mit hoher Gefährdung durch Landminen. Anschläge, z.B. durch „improvised explosive devices“ (IEDs) können darüber hinaus jederzeit Fußgänger, Fahrrad- und Kraftfahrer landesweit bedrohen. Ohne ausreichende Ortskenntnisse können Wanderungen und Überlandfahrten lebensgefährlich sein und sollten dringend unterbleiben.

### **Ministerpräsident Torsten Albig, Schleswig-Holstein:**

*„Wenn wir weiter erklären, dass das, was de Maizière vorträgt, am Ende eine technokratisch-zynische Sicht auf ein Land ist, in dem Menschen am Ende in Gefahr geschickt werden, möglicherweise in manchen Regionen in den Tod geschickt werden, dann müssen wir doch daran glauben, das wir die nächsten drei Monate gemeinsam dafür nutzen, den Bund zu einem besseren Weg zu bekehren und zu sagen: Das wollen auch die Menschen in diesem Land nicht! Die Mehrheit der Menschen in diesem Land will das nicht! Das widerspricht unserer humanitären Verantwortung.“<sup>5</sup>*

<sup>4</sup> <https://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/AfghanistanSicherheit.html?nn=555292?nmm=555292>

<sup>5</sup> aus: [www.welt.de/politik/deutschland/article162307293/18-Menschen-sitzen-im-Flieger-nach-Afghanistan.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article162307293/18-Menschen-sitzen-im-Flieger-nach-Afghanistan.html), 23.02.2017